

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hüften- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 M. Einzelheftpreis die Ausgabe. Colonietheile für Arbeitslose 75 Pf., Geschäfts- und Privatangehörige 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Fernruf 585. Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Aktuelle Anzeigen-Nachweise „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 30.

Duisburg, den 26. Juli 1919.

20. Jahrgang

Die deutsche Verfassung.

Die im Januar 1919 gewählte Deutsche Nationalversammlung hat in erster Linie die Aufgabe, dem deutschen Volke und Reich eine neue Verfassung zu geben. Die Regierung hat denn auch einen Verfassungsentwurf vorgelegt, der in einem besonderen 8. Ausschuss gründlich beraten und ausgearbeitet worden ist. Das der Volksversammlung vorgelegte Verfassungswerk einschließlich der Grundrechte des deutschen Volkes umfaßt 178 Artikel. Die zweite Lesung der so umgearbeiteten Vorlage begann am 2. Juli und ist am 10. Juli in ihrem ersten Teile durch beraten worden. In der dazu gegebenen einleitenden Rede sprach der Vorsitzende des Verfassungsausschusses fest, daß am Ausbau des vorliegenden Entwurfs alle Parteien mitgewirkt hätten, so daß es sich nicht etwa um die Arbeit einer Partei oder der Mehrheitsparteien handele. Im Ausschuss war das Streben nach einer Verständigung und Einigung so groß, daß nur wenige, allerdings sehr tiefgehende Differenzpunkte in die Erscheinung traten und durch Abstimmung entschieden werden mußten.

Das strittige Problem des Einheitsstaates ist nicht gelöst worden; es ist ein Mittelweg zwischen Föderalismus und Unitarismus gewählt worden. Die Zentralgewalt des Reiches wird in verschiedenen und wichtigen Angelegenheiten des Staatslebens verstärkt, den Einzelstaaten oder Ländern aber bleibt eine entsprechende Mitwirkung gesichert. In ihren besonderen Angelegenheiten haben sie die selbständige Verwaltung und Gesetzgebung weiterhin. Der Schwerpunkt der politischen Entscheidungen liegt in Zukunft nicht mehr beim Bundesrat, sondern bei der durch die Nationalversammlung bestellten Reichsregierung und beim Reichsrat. Die Einheit wird durchgeführt beim Wehrwesen, der Post- und der Eisenbahn, den Wasserstraßen und bei den Reichsabgaben. Für gewisse Reichsgebiete hat das Reich die ausschließliche Gesetzgebung, z. B. die über die Staatsangehörigkeit, die Freizügigkeit, das Münz- und Zollwesen. Außerdem kommen für die Reichsgesetzgebung in Betracht: das bürgerliche Recht und das Strafrecht, das Postwesen und die Fremdenpolizei, das Vereins- und Versammlungswesen, das Arbeiterrecht und die Sozialpolitik, große Teile des Wohlfahrts- und Versicherungswesens, die Fürsorge für die Kriegsteilnehmer und ihre Hinterbliebenen, das Gewerbewesen und den Bergbau, das Theater- und Schauspielwesen.

Über die Staatsform sind in der Nationalversammlung größere Gegensätze nicht herorgetreten. Die Revolution hat die Monarchien beseitigt, und an deren Stelle Republiken gesetzt. Alle Parteien haben sich allgemein mit der gegebenen Tatsache abgefunden. Dabei haben auch Anhänger der Monarchie zugegeben, daß bei rechtzeitiger Durchführung von Reformen auf politischem Gebiete, durch eine entsprechende Demokratisierung unserer Staatsverwaltung vielleicht die Monarchie zu retten gewesen wäre.

Nun lautet Artikel 1 der Reichsverfassung: „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Mit 211 gegen 89 Stimmen bekräftigte die Volksversammlung am 3. Juli den auf die Reichsfarben bezüglichen Beschluß des Ausschusses: Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold. Es sind das die Farben des alten Deutschen Reiches, die auch im Hinblick auf Deutsch-Oesterreich gewählt worden sind. Um die überall bekannte deutsche Handelsflagge nach wie vor in Erscheinung treten zu lassen, ist dem Artikel 3 noch zugefügt worden: „Die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot mit einer Spitze in schwarz-rot-gold in der oberen inneren Ecke.“

Auf den vom Reich nicht in Anspruch genommenen Rechtsgebieten haben die Länder das Gesetzgebungs- und Verwaltungsrecht. In ihrem Schutze ist unter anderem in Artikel 7 bestimmt: „Nimmt das Reich Abgaben oder sonstige Einnahmen in Anspruch, die bisher den Ländern zugeflossen sind, so hat es auf die Erhaltung der Lebensfähigkeit der Länder Rücksicht zu nehmen. Artikel 16 enthält Schutzbestimmungen zugunsten der Beamten, Angestellten und Arbeiter. Bei der heimischen Verwaltung, bei den Eisenbahnen und Posten sollen Landesangehörige in erster Linie verwendet werden. Arbeiter und Beamte der Reichsverwaltung sind auf ihren Wunsch in den Heimatgebieten zu verwenden. Hiergegen ist den einzelnen Ländern die Auflage gemacht, daß sie eine freistaatliche Verfassung und eine in allgemeiner, unmittelbarer und geheimer Wahl g e m e i n s a m m e l n g b e z u g t e n g e h a b e n m ü s s e n. Bei den Wahlen sind die Grundsätze der Verhältniswahl anzuwenden.“

Bei den Beratungen am 4. Juli kam der Abschnitt Reichstag zur Behandlung. Der Artikel 20: „Der Reichstag besteht aus den Abgeordneten des deutschen Volkes.“ Er wurde unverändert angenommen. Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von den über 20 Jahre alten Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.

Strittig war die Frage, ob der Reichstag für die Dauer von drei oder fünf Jahren gewählt werden sollte. Für die längere Zeit von fünf Jahren sprachen die Rücksichten auf die Wähler wie auch auf die Gewählten. Infolge der Demokratisierung der Reichs-, Staats-, Kreis- und Gemeindeverwaltungen werden die Wahlberechtigten sehr oft in Anspruch genommen. Dazu kommt der Volkeneifer in einer Reihe von wichtigen Fragen. Es erschien deshalb angezeigt, die Wahl-

periode wie bisher auf fünf Jahre zu setzen. Dadurch wird es auch den neugewählten Abgeordneten möglich, sich einzuarbeiten. Im Reichsparlament tätig zu sein, ist keine so einfache Sache. Nicht bloß Kenntnis der politischen und wirtschaftlichen Fragen ist zu einer ersprießlichen Tätigkeit nötig, sondern auch die Kenntnis des Etats, der Geschäftsordnung und der Geschäftsordnung in den Ausschüssen und in der Volksversammlung ist hierzu erforderlich. In namentlicher Abstimmung entschied sich deshalb die Mehrheit der Nationalversammlung für die fünfjährige Wahl- und Reichstagsdauer.

Die übrigen, auf den Reichstag und seine Einrichtungen bezüglichen Artikel wurden im wesentlichen in der Ausschussfassung angenommen. Eine längere Erörterung verursachte nur der Artikel 35 über die Bestellung eines Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten. Wenn das deutsche Volk so wenig Kenntnis über die Verhältnisse im Ausland und über die deutsche Auslandspolitik hatte, so lag es daran, daß die alte deutsche Regierung auch dem Reichstag gegenüber entsprechende Auskünfte darüber verweigert hat. Das soll nun anders werden, leider viel zu spät.

Der dritte Abschnitt handelt vom Reichspräsidenten, seiner Bestellung, Rechten und Pflichten. Der Reichspräsident wird vom deutschen Volke gewählt. Wählen können alle 20 Jahre alten Deutschen männlichen und weiblichen Geschlechts. Das Amt des Präsidenten dauert sieben Jahre. Der Reichspräsident vertritt das Reich völkerrechtlich und hat den Oberbefehl über die Wehrmacht des Reiches; er ernennt die Beamten und Offiziere. Unter Umständen kann der Präsident von der Nationalversammlung abgesetzt bzw. vor einem Staatsgerichtshof angeklagt werden.

Im weiteren regelt der Verfassungsentwurf die Vertretung der Länder durch den Reichsrat, und bestimmt die Formen, unter welchen die Gesetze zu erlassen sind. E. S.

Arbeitgeberpflichten.

Wir haben oft genug den Unternehmern ihre Pflichten als Arbeitgeber vorgehalten; Pflichten, die leider im Allgemeinen nur zu schlecht erfüllt wurden. Daß die Arbeiterschaft ihre Pflicht voll und ganz erfüllt, dafür sind wir stets eingetreten, denn nur der kann Rechte verlangen, der auch seiner Pflichten sich voll und ganz bewußt ist und sie zu erfüllen strebt. Im neuen Deutschland haben sich nun die Arbeitgeberpflichten verschoben, denn die Umwälzung hat die Arbeiter selbst in hohem Maße zu Arbeitgebern gemacht. Es ist nun sehr interessant, was das sozialdemokratische Zentralorgan „Der Vorwärts“ über die Arbeitgeberpflichten der Arbeiter sagt. Der „Vorwärts“ schreibt:

„Der größte Arbeitgeber, der Hunderttausende beschäftigt, ist das Volk selbst, der Staat, in dem die Arbeiterschaft heute ausschlaggebende Bedeutung hat. Daneben haben die Gemeinden mit den kommunalwirtschaftlichen und noch zu kommunalwirtschaftlichen Betrieben eine Armee von Menschenträften in ihren Diensten. Und all diese Kräfte arbeiten nicht für privaten Kapitalgewinn, sondern lediglich für den notwendigen Tagesbedarf ihrer Volksgenossen, sei es in der Verwaltung, sei es in der Produktion. Soweit ihre Löhne und Gehälter nicht aus Betriebsmitteln Deckung finden, müssen sie von den Volksgenossen aus Steuern abgedeckt werden. Das hat zur Folge, daß ihre Lebenshaltung nicht so von der Prosperität des Geschäfts, von der guten oder schlechten Konjunktur abhängig ist als bei dem Industriearbeiter. Arbeitslosigkeit, Aussetzen mit Lohnverlusten sind ihnen in der Regel unbekannt. Dafür haben sie freilich auch nicht jene Bewegungsfreiheit in der Ausübung der Konjunktur, wie der Arbeiter im freien Wettbewerb. Abgesehen von der Rücksicht auf die — meist vorhandene — Lebensstellung verbietet ihnen das eigene Verantwortungsgewissen, ihrem „Arbeitgeber“, dem Volksgenossen, einmal plötzlich so „den Bittel vor die Füße zu werfen“, wie es etwa der ohne Kündigung und Bindung angestellte Maurergeselle tun dürfte, denn all solche Pflöcklichkeiten würden ja nicht einen einzelnen, sondern eben die Volksmenge bitter treffen. Die billürliche Einstellung der Lebensmittelveilung, des Transports, Verkehrs, der Licht- und Wassererzeugung, der Anstaltsversorgung der Kranken, der Abwasserbeseitigung, der Brennstoferzeugung u. a. m. kann an den einzelnen Orten direkt verheerende Folgen haben. Solche Fälle können deshalb auch meistens immer nur das letzte, das allerletzte Mittel sein, wenn wirklich „der Gedrückte nirgendwo Recht kann finden“. Das aber dürfte im sozialen Staat eigentlich nie eintreten. Gegenseitiges Verstehen des Möglichen müßte hier leicht sein.“

Abel verpflichtet, aber nicht nur die Arbeiter und Angestellten, sondern in erster Linie auch den Arbeitgeber, hier das Volk selbst. Wo wie hier die Lebensnotwendigkeit des Betriebes für die Allgemeinheit den Arbeitnehmer, wenigstens moralisch, in seiner Entscheidungsfreiheit einschränkt, hat der Arbeitgeber Staat oder Gemeinde doppelt die Pflicht, darüber zu wachen, daß jeder der bei ihm Beschäftigten die Möglichkeit

zum Leben hat. Er muß verhindern, daß es in dem Meer von Angestellten neben einigen glänzenden Einflüssen in die Tiefe Gruppen gibt, die aus den Sorgen nicht herauskommen. Will man Explosionen verhindern, gilt es den Brandstoff zu beseitigen.

Die im öffentlichen Dienst vielfach noch vorhandenen trassen Einkommensunterschiede sind eine überkommene Schwäche der alten Verwaltung, die ja nicht von heute auf morgen zu beseitigen ist, die aber die an Arbeitgeberinfluß verstärkte Arbeiterschaft allmählich abbauen muß.

Bei der überfüllenden Fülle der neuen Aufgaben vermag auch die beste Leitung nicht so schnell in alle verborgenen Tiefen des Systems einzudringen. Hier können unsere parlamentarischen Körperschaften praktische nutzbringende Arbeit leisten, indem sie überall einzelne ihrer Mitglieder beauftragen und von den maßgebenden Behörden die erforderlichen Unterlagen erzwingen, um „von Amiswegen“ die Arbeits- und Einkommensverhältnisse aller Beschäftigten zu prüfen und nicht erst, wenn sie endlich in ihrer Verzweiflung eine durch die Entwicklung unbeachtet zurückgelassene Kategorie recht lebhaft meldet. Unsere parlamentarischen Vertreter müssen immer das gute Gewissen haben, daß für alle ihrer Obhut unterstellten „Arbeiter des Volkes“ so gut gesorgt ist, als es die Verhältnisse und das allgemeine Niveau zulassen.

Für die Ausbesserung wirklich schlecht gestellter Kräfte wird stets die öffentliche Meinung zu haben sein. Um dieser aber ein Urteil zu ermöglichen, ist jederzeit eine objektive Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse (Lages-, Jahresertrommen) der umstrittenen Kreise erforderlich, eine Vergleichsmöglichkeit mit der allgemeinen Lebenshaltung, die das Publikum gerade bei den gegenwärtigen Wirtschaftskämpfen schwer vermisst. Ohne solchen Einblick ist der Öffentlichkeit ein Urteil unmöglich. Willkürlich herausgerissene Bruchstücke höchster oder niedriger Einkommens können freilich nicht genügen. Laufend aber sollten diesen Einblick sich die verantwortlichen Vertreter des Arbeitgebers wohl verschaffen. Abel verpflichtet und Vertrauen gleichermaßen.“

Das sind bittere Wahrheit, die der „Vorwärts“ der sozialdemokratischen Arbeiterschaft sagt — die christliche Arbeiterschaft hat voll und ganz ihre Pflichten gegen das Volksganze erfüllt und wird sie erfüllen — aber es sind auch bitterere Wahrheit für den „Vorwärts“ selbst. Wer selbst Brandstoff durch die blindeste Agitation aufgehäuft hat, wie es der „Vorwärts“ durch Jahrzehnte unter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft getan hat, der braucht sich nicht zu wundern, wenn heftige Explosionen folgen. Wer die Arbeiterschaft durch Generationen in Materialismus erzogen hat, darf nicht verwundert dastehen, wenn die Arbeiterschaft ihre Konsequenzen zieht. Das Wort des Soziald. Cohen-Reuß: „Wir haben zuviel versprochen“, gibt den Schlüssel zu den Streits und Putzchen, die wir in endloser Reihenfolge dahergestellt sehen und die das deutsche Vaterland ruinieren.

Wer Pflichten lehren will, muß an die Opferwilligkeit, Opferbereitschaft und den Idealismus einer Klasse appellieren und darf nicht die niedrigsten Instanzen zum Hauptangelpunkt seiner Agitation machen, wie es die Sozialdemokratie getan hat. Im Interesse der deutschen Arbeiterschaft und des Volksganzes wünschen auch wir, daß die Worte des „Vorwärts“ überhallt bei der gesamten deutschen Arbeiterschaft finden möge.

Kalkulation.

Jeder Gegenstand, den wir fabrizieren oder anfertigen, erfordert Material- und Lohnkosten. Diese beiden Kosten nennt man zusammen mit den Geschäftsunkosten, die Herstellungskosten. Geschäftsunkosten nennt man: Werkstattmiete, Beleuchtung, Heizung, Verzinsung des Anlagekapitals, Gewerbesteuern, Versicherungen, Schreibmaterialien, Porto, Fracht, Telefon, Kraftkosten für Maschinen und Motoren, Schreibhilfe usw. Die Geschäftsunkosten werden meistens durch einen von Zeit zu Zeit festgesetzten Prozentsatz von den Lohnkosten in Rechnung gebracht.

Die Höhe der drei Arten von Kosten werden durch die Kalkulation ermittelt. Das Resultat dieser drei Kosten nennt man die Selbstkosten. Die Kalkulation teilt man ein in Vor- und Nachkalkulation. Die Vorkalkulation bestimmt im Voraus die Material-, Lohn- und Geschäftsunkosten. Nach fertiggestellter Arbeit wird durch die Nachkalkulation geprüft, wie hoch in Wirklichkeit diese drei Kosten geworden sind. Durch die Nachkalkulation wird gewissermaßen festgestellt, ob die Vorkalkulation richtig war oder nicht. Die Nachkalkulation kann die Herstellung einer Ware oder eines Gegenstandes, für die Folge wesentlich beeinflussen. Das Resultat der Nachkalkulation nennt man die Produktivkalkulation. Schlägt man nun zu den obengenannten Selbstkosten noch den Gewinn, den jedes Unternehmen abwerfen soll, so erhält man den Verkaufs- oder Versandpreis — die Verkaufskalkulation. Jedes Geschäft oder Unternehmen, das Rohstoffe, Materialien usw. bezieht

und bearbeitet, kann auch eine Bezugsalkulation nicht entbehren. Das ist in kurzen Zügen das, was ich allgemein über Alkulation sagen will.

Zum besseren Verständnis des Gesagten diene die folgende Aufstellung. Es betragen:

1. Materialkosten	20,00 M.
2. Lohnkosten	15,00 M.
3. Geschäftskosten (40 Proz. der Lohnkosten)	6,00 M.
4. Die Selbstkosten	41,00 M.

Das Unternehmen soll einen Verdienst von 25 Proz. abwerfen:

4. Die Selbstkosten betragen	41,00 M.
5. 25 Proz. Verdienst	10,25 M.
6. Der Verkaufspreis beträgt dann	51,25 M.

Auch für diesen Vorgang im gewerblichen und geschäftlichen Leben muß der Arbeiter und besonders der Handwerker, Interesse haben, besonders Interesse verlangt vor allem die sogenannte Vorkalkulation, weil durch sie der Lohn- und Verkaufspreis für unsere Arbeit festgesetzt wird.

Über die Vorkalkulation in Maschinenfabriken etwas zu sagen, soll einem späteren Artikel vorbehalten bleiben.

Der sozial. Gewerkschaftskongress zu Nürnberg.

Am 30. Juni bis 5. Juli tagte in Nürnberg der 10. Kongress der sozialdemokratischen Gewerkschaften, in dessen Mittelpunkt die Erörterung über die Politik stand, welche die sozialdemokratischen Gewerkschaften seit dem 14. August 1914 verfolgten und welche von der Opposition heftig angegriffen werden. Kurz gesagt, es sollte der Kampf um die Gewerkschaften ausgefochten werden. Trotz des reichhaltigen Programms und einiger gründlicher Referate konnte von einer intensiveren gewerkschaftlichen Arbeit auf diesem Kongress bisher im allgemeinen wohl kaum eine Rede sein.

Die Spaltung der politischen Sozialdemokratie hat naturgemäß die mit der Partei eng verflochtenen „freien“ Gewerkschaften in den Strudel der leidenschaftlichen Bruderkämpfe hineingezogen. Während die Leitung der sozialdemokratischen Gewerkschaften unter Billigung der Mehrheit der Mitglieder die Politik der Mehrheitssozialdemokratie stützen, oder besser gesagt: ausfallgebend beeinflussen, machen die radikalen Sozialdemokraten krampfweise Versuche, die Gewerkschaftsbürokratie — wie das neue Schlagwort heißt — zu stürzen und die Gewerkschaftsmassen ins radikale Fahrwasser zu ziehen. Die Mäßigkeit der Radikalen hat in vielen Berufsverbänden immer mehr an Boden gewonnen; ja, in einigen wichtigen Gruppen, z. B. in der Metallindustrie, ist aus der anfänglichen Minderheit bereits eine Mehrheit geworden.

Auf dem Nürnberger Gewerkschaftskongress ist es den Radikalen noch nicht gelungen, eine Mehrheit zu gewinnen. Eine Vertrauensresolution für die Generalkommission der freien Gewerkschaften wurde mit großer Mehrheit angenommen. Dafür stimmten 445 Delegierte, dagegen 179. Das Mehrheitsverhältnis versteht sich jedoch zugunsten der Radikalen, denn die Zahl der vertretenen Mitglieder der Gruppe liegt bei 307 335, zur Opposition 1483 779 Mitglieder. Die Opposition steht mithin wie 5 zu 11.

Bemerkenswert ist dabei, daß vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband 53 für und 64 gegen die Generalkommission gestimmt haben, ein Zeichen, daß im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband die radikalen Elemente sehr stark zugewonnen haben und dabei zu sein scheinen, das Best in die Hand zu bekommen.

Zu den einzelnen Referaten sprachen Korreferenten, die die Oppositionsmeinung in den kräftigsten Tönen zum Ausdruck brachten. Den schärfsten Widerspruch erfuhr der Redaktionsbericht der Generalkommission, welcher von Begien erlittet wurde. Zu diesem Referat lagen nicht weniger als 41 Vorreden vor. Die Debatte dauerte annähernd 2 Tage. Ein anderes Referat über die Arbeitsgemeinschaft, die von der Generalkommission als das Ergebnis praktischer Gewerkschaftsarbeit gefeiert wurde, lieferte der Opposition Wasser auf ihre Mühlen. Insbesondere wurde die paritätische Besetzung, sowie die Teilnahme christlicher Arbeitervertreter an den Schlichtungsausschüssen scharf kritisiert. Umkreit-Berlin stellt in seinem Referat über die Sozialisierung der Industrie fest, daß zwar die sozialistische Wirtschaftsmethode der einzige gangbare Weg zu besseren Verhältnissen sei, die Hilfe und Mitarbeit der Unternehmer aber, von heute auf morgen noch nicht entbehrt werden könne, da in Kreisen der Arbeiter die zur Fortführung der Betriebe notwendige Intelligenz augenblicklich noch nicht vorhanden sei. Cohen-Berlin hielt es für die katastrophalste Stunde der Arbeiter, wenn heute die Betriebe den Arbeitnehmern zur Verfügung gestellt würden. Müller-Weigmann-Berlin behauptete in seinen anschließenden Ausführungen, daß in den Reihen der revolutionären Arbeiter die zur Sozialisierung nötigen, geistigen Kräfte zur Verfügung ständen und der Tag der radikal-sozialistischen sei der größte Tag der revolutionären Arbeiter, den diese auch stündlich erwartete.

Ganz eigenartig berührte es, als der, den christlichen Metallarbeitern „rühmlichst“ bekannte Borchlöcher-Stuttgart über den Terrorismus der USF-Leute gegen die Mehrheitssozialisten einige Anekdöten erzählte. Wie heißt doch das schöne Sprichwort: Was Du nicht willst, das mach Dir tu. Auch Begien sagte in seinem Redaktionsbericht, man müßte sich schämen, daß es Arbeiter gibt, die andere Arbeiter ihrer Gefährdung wegen terrorisieren. Treffliche Worte aus dem Munde eines sozialdemokratischen Gewerkschaftsführers, die sich hoffentlich die Herren Borchlöcher e tutti quanti sehr merken und befolgen mögen.

Die gemäßigte Richtung hat in Nürnberg zwar eine beträchtliche Mehrheit auf sich vereinigt, aber darüber ist sich kein Kenner der sozialistischen Arbeiterbewegung im Unklaren, daß die radikale Zerstückung in den freien Gewerkschaften bewußte Fortschritte gemacht hat und noch weiter machen

wird. Es ist das Verhängnis der Gewerkschaften, daß das Schicksal der politischen Sozialdemokratie auch das Schicksal der sozialdemokratischen Gewerkschaften sein muß. In der Begründung mit der Partei liegt ihre Stärke, aber auch ihre Schwäche. Und die Spaltung der Gewerkschaften ist unvermeidlich, wenn sie nicht völlig ins radikale Fahrwasser hinübersegeln wollen. Wann diese Spaltung eintreten wird, ist für den radikalen Flügel eine Frage der Taktik. Die Radikalen bleiben in den Gewerkschaften, weil sie hier ihre Wähler und Gehörzeit mit größerem Erfolg betreiben können, als wenn sie eine radikale Sonderbewegung ins Leben rufen würden. Sie erhoffen in nicht allzu ferner Zeit die Mehrheit zu bekommen und wenn sie dieses Ziel erreicht haben, ist die Spaltung da, denn dann wird die zur Minderheit gewordene gemäßigte Richtung dem Terror der Radikalen erliegen oder sich abtrennen müssen.

Die Gefahren dieser voraussetzlichen Entwicklung werden von den heutigen Mehrheitsführern der Gewerkschaften keineswegs verkannt oder unterschätzt. Man sucht ihnen auszuweichen durch die Proklamierung der politischen Neutralität der Gewerkschaften. In einer von Jansson eingebrachten Resolution heißt es im Kernsatz:

„Die Spaltung der sozialdemokratischen Partei gefährdet auch die Einheit und Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaften. Der Gewerkschaftskongress sieht sich daher genötigt, die Neutralität der Gewerkschaften gegenüber den politischen Parteien auszusprechen.“

Diese Resolution ist nach mehreren Seiten hin sehr bemerkenswert. Zunächst enthält sie indirekt das Eingeständnis, daß die freien Gewerkschaften bisher nicht neutral waren, die immer wiederkehrenden Behauptungen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsagitoren also ausgelegter Schwindel waren.

Auch in Zukunft dürfte trotz aller „Resolutionen“ die „Neutralität“ der sozialdemokratischen Gewerkschaften nur ein Wort sein. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften stehen auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung, und damit stets im engsten Zusammenhange mit der Sozialdemokratie. Wenn auch die sozialdemokratischen Gewerkschaften jetzt aus taktischen Gründen etwas abirren von dem dreigespaltenen Gestirn, Mehrheit, U. S., Spartakus; innerlich gehören sie zusammen. Daran ändert keine Resolution etwas.

Der Kampf um die Gewerkschaften, der jetzt geführt wird, ist eine Frucht derjenigen, die zuerst den Weltanschauungskampf in die Reihen der Arbeitererschaft hineingetragen haben und sie dadurch zersplittern. Diese Tat rächt sich jetzt an den sozialdemokratischen Gewerkschaften selbst. Im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung wäre zu wünschen, daß die besonnenen Elemente im sozialdemokratischen Gewerkschaftslager die Oberhand behalten.

Der wahre Jakob.

Ein günstiger Stern läßt uns Einblicke tun in das Statut der „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Union“ (Sitz Düsseldorf) — abgekürzt Udu. Sie ist syndikalistischer kommunistischer Natur und absolut den Gewerkschaften gram, verdammt, weil diese eine gesunde, arbeiterfördernde Politik betreiben. Die „Udu“ will die Gewerkschaften ersetzen; selbstverständlich, denn die Gewerkschaften sind nach der Ansicht der Udu-Menschen, verpöht, bürokratisiert, autokratisch, absolutistisch; sie dagegen, die Udu-Menschen sind nach ihrer Meinung, die geborenen wahren Demokraten, (?) die einzig und allein die Arbeitererschaft den Weg des Heiles führen können. Die „Udu“ weiß natürlich, daß die Gewerkschaften sich durch intensive energische Arbeit für die Arbeiterrechte ein solches Fundament gelegt haben, das nicht leicht zu erschüttern ist. Da die „Udu“ nach der Seite des Kampfes für Arbeiterrechte aber auch nicht das geringste aufzuweisen hat, so versucht sie nach der anderen Seite hin den Gewerkschaften nahe zu kommen, nämlich in bezug auf billige Beiträge. Und da präsentiert sich denn die „Udu“ genau wie vor dem die gelbe Bewegung, der Arbeitererschaft als der billige Jakob, der alle riesengroßen Aufgaben der Arbeitererschaft mit 1 Mark (in Buchstaben: eine Mark) Jahresbeitrag und 0,50 Pf. Wochenbeitrag lösen will. Warum auch nicht. In Worten hat ja der Syndikalismus und sein Bruder Spartakus riesig viel gemacht, bloß mit den Taten war es niemals weit her.

Wir lassen einige „Prachtwörter“ aus dem Buftett des billigen Jakob folgen:

Die Allgemeine Deutsche Arbeiter-Union bezweckt, sämtliche Hand- und Kopfarbeiter aller Berufe in eine einheitliche Union zu vereinigen, um das schädliche zersplitterte Gewerkschaftssystem zu beseitigen. Da die Allgemeine Arbeiter-Union eine rein wirtschaftliche und keine politische Vereinigung ist, so wird hier an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Religion, Glaubens- und Gewissenssache eines jeden einzelnen Mitgliedes ist und werden Erörterungen darüber in den Versammlungen nicht gebuldet. Das Bestreben sämtlicher Mitglieder muß auf die Bessergestaltung ihrer wirtschaftlichen Lebenslage gerichtet sein, ein Interesse, welches bei jedem Mitgliede vorhanden, gleich welchen Glaubens es ist. In allen wirtschaftlichen Fragen und Verhandlungen sind die Betriebs-Arbeiterauschüsse die Vertreter der Arbeitererschaft. Wird den Betriebsauschüssen Schwierigkeiten entgegengebracht, so tritt der Union-Wirtschaftsrat in Aktion.

Das Eintrittsgeld in Höhe von 1.— Mark, welches am 1. Mai eines jeden Jahres neu erhoben wird, dient zur Bezahlung der Verwaltungskosten.

Der Beitrag für sämtliche Mitglieder beträgt 0,50 M. pro Woche. Die Beiträge werden bezinslos angelegt und bleiben Guthaben der Mitglieder. Die Zinsen finden Verwendung für wirtschaftliche Zwecke. Es kann jedoch den Mitgliedern aus wirtschaftlichen Gründen ein Verfügensrecht über die Guthaben solange sie der Union angehören, nicht eingeräumt werden.

Aus dem ganzen Programm der „Allgemeinen deutschen Arbeiter Union“ geht zur Genüge hervor, daß sie nichts anderes bezweckt, als die Gewerkschaften zu unterminieren und eine neue „bessere Arbeitervertretung“ zu schaffen und alles

„for 1 Mark kunszig“. Die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit, wird hoffentlich die notwendigen Konsequenzen gegen die „Udu“ ziehen.

Was die sogenannte parteipolitische und religiöse Neutralität der „Udu“ anbelangt, so können wir hinlänglich Zeug und Melodie. Als ob von Spartakus eine Neutralität kommen könnte. Was unsere Kollegen von diesem Zersplitterungsinstitut zu halten haben, dürfte ohne weiteres einleuchten. Die Parole der Einheitsorganisation aufzuwerfen, wo ausgerechnet die Sozialdemokratie den Weltanschauungskampf in die Reihen der Arbeiterschaft getrieben und damit die größte Arbeiterzersplitterung aller Zeiten geworden ist, zeugt doch davon, daß entweder die Udu-Menschen bis jetzt auf dem Monde lebten oder auf die Dummheit derjenigen spekulieren, die nicht alle werden. Das letztere wird wohl bei der „Udu“ der Fall sein. Die Methode des billigen Jakob sagt genug und die Arbeiterschaft wird hoffentlich wissen, was sie vom billigen Jakob „Allgemeine deutsche Arbeiter-Union“ zu halten hat.

Streiflichter.

Folgen des Streiks.

Die Amerikaner sagen, daß sich Deutschland in einem Delirium tremens befinde und den Eindruck eines Tollhauses mache. Wenn man sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland ansieht, so wird man kaum daran zweifeln, den Amerikanern recht zu geben. Ein Streik folgt dem andern; warum gestreikt wird, wissen nur die paar Drahtzieher, die sich in Berlin W. in Klubesseln herumwälzen und schwere Weine konsumieren und auf den Schultern der streikenden Arbeiterschaft gern die Regierungszügel ergreifen möchten. Die Folgen des Eisenbahnstreiks machen sich schon bemerkbar. Aus den vielen Beispielen wollen wir nur eins herausgreifen. Die Hannoverische Maschinenbau A.-G., vormals Eggestoff, welche etwa 7000 Beamte und Arbeiter beschäftigt, mußte wegen Kohlenmangel von Montag, 7. Juli, an die Arbeit einstellen.

Die Werke sehen überhaupt mit größter Besorgnis der kommenden Zeit entgegen, selbst dann, wenn das Wirtschaftsleben nicht durch leichtfertige Streiks in verhängnisvoller Weise gestört wird. In früheren Zeiten wurde das Sommerhalbjahr mit seinem geringen Kohlenverbrauch benutzt, um sich größere Vorräte für das kommende Winterhalbjahr anzufüllen, um gegen Unterbrechungen in der Kohlenzufuhr, wie sie durch Zufrieren des Kanals, durch Schneewege usw., hier und da vorkommen, geschützt zu sein. Trotz aller Bemühungen ist es bisher keinem Werke gelungen, auch nur ein Kilogramm Kohle für den Winter anzufüllen. Es wird aus Mangel jeglichen Vorrats an Brennstoff nicht nur die harnoversche, sondern die gesamte deutsche Industrie im kommenden Herbst vor außerordentlich tief einschneidenden und ansehnlich häufigen Betriebsstörungen stehen. Der leidtragende Teil wird das an sich zu Boden liegende deutsche Wirtschaftsleben und letzten Endes immer die deutsche Arbeiterschaft sein.

Bei dieser Schilderung der Verhältnisse, wie sie sich herausgebildet haben und durch den jetzigen Eisenbahnstreik verschärft werden, ist noch gar keine Rücksicht genommen auf die Folgen, die der unselige Friedensvertrag für die Kohlenversorgung Deutschlands mit sich bringt. Nach diesem Vertrag ist Deutschland verpflichtet, jährlich an die Länder Frankreich, Belgien, Italien und Luxemburg eine Kohlenmenge von etwa 42 Millionen Tonnen zu liefern. Die gesamte Kohlenförderung Deutschlands vor dem Kriege im Jahre 1913 belief sich auf insgesamt rund 175 Millionen Tonnen, von denen rund 95 Millionen Tonnen zur Ausfuhr benutzt worden sind.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß diese zu liefernden Kohlenmengen aus den uns nach dem Friedensvertrage nur noch verbleibenden Kohlenbeständen von Rheinland und Westfalen gestellt werden müssen, da die reichen Kohlengruben von Oberschlesien und dem Saargebiet dem Feinde gefallen, für uns also gar nicht mehr nutzbar und es sehr fraglich ist, ob Deutschland aus den im besetzten Gebiet liegenden Kohlengruben überhaupt eine Ausbeute bekommt, so steht mit Sicherheit zu erwarten, daß Deutschland in der kommenden Zeit einer Kohlennot entgegenseht, von der man sich heute noch gar keine Vorstellung machen kann.

Gestern so, heute so.

In einem „Das Streikfieber“ überschriebenen Artikel des Vorwärts (Nr. 345) lesen wir folgende Sätze:

„Wie ehemals die Hohenzollern von gewissen Kreaturen, so wird jetzt die Volksmasse von politischen Demagogen umschmeichelt und ihr eine sofortige Besserung der Lebensbedingungen versprochen, sobald diese Masse auf den Leim tritt. Und diese noch völlig indifferenten Volksmassen glauben schließlich, durch Verweigerung ihres Dienstes eine rettende Tat zu vollbringen.“

Dem können wir in der Hauptsache zustimmen. Nur eines bleibt zu bemerken: Nicht erst jetzt wird die Volksmasse von politischen Demagogen umschmeichelt. Das geschah auch früher schon und wie es heute der Fall ist. Selbstverständlich fanden wir aber in den früheren Jahren die Demagogie fast ausschließlich in jener Partei, die jetzt in den oben zitierten Zeilen die Demagogie glaubt tadeln zu müssen. Es kommt uns nicht darauf an, ob diese oder jene zu erreichen, sondern nur darauf, daß wir Forderungen stellen, die keine andere Partei stellen kann. Das sind Worte Webers. Die von der Partei ausgegebenen Schlagworte konnte man bis zur Unübersichtlichkeit in allen Versammlungen der sozialdemokratischen und Gewerkschaften vorgetragen hören. Dem herangezogenen Durchschnittsagitatoren konnte die Lebensnahme dieser Schlagworte ja leicht sein, da ein eigenes selbständiges Denken ihnen noch keine Schwierigkeiten bereitet. Aber auch die übrigen Agitatoren der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaft konnte man in diesem Fargon bemerken. Die Doktrin der Partei forderte eben die Radikalisierung der Massen, folglich sagten sie sich, und wer früher in den Versammlungen mit diesen sozialdemokratischen Demagogen sich herumzuschlagen mußte, der konnte sich leicht den Kopf holen. Christliche Gewerkschaftsführer, die in der christlichen Weise die Erziehung der Arbeiterschaft erstreben, mußten sich von dieser tödlichen Demagogie oft in der niedrigsten Weise verächtigen lassen. Wenn heute alles brunter und drüber geht, wenn auch in der Arbeiterschaft der Materialismus sehr viel zu vernichten droht, wer trägt die Schuld. Die Phrasen und die Demagogie der Sozialdemokratie.

Erweiterter Schutz gegen Lohn- u. Gehaltspfändungen

Durch Verordnung vom 22. 6. 1919, die am 1. 7. 1919 in Kraft getreten ist, und bis längstens 31. 12. 1920 Geltung hat, ist die Grenze für die Pfändung von Lohn- und Gehaltsansprüchen abgeändert worden. Danach ist jedes Arbeitseinkommen bis zu 2000 Mark jährlich überhaupt und von dem darüber hinausgehenden Betrag noch ein Fünftel von der Pfändung befreit. Gut aber der Schuldner keinem Ehegatten, dem früheren Ehegatten, Verwandten, eheleichen oder unehelichen Kindern Unterhalt zu gewähren, so bleibt ein Betrag von 2500 Mark pfandfrei. Dieser unpfändbare Teil erhöht sich um ein weiteres Fünftel des Mehrbetrages für jede unterhaltspflichtige Person; jedoch darf in diesem Falle der pfandfreie Teil sechs Fünftel des Mehrbetrages nicht übersteigen. Beispiele: Ein Junggeheile ohne unterhaltspflichtige Angehörige mit einem Arbeitseinkommen von 4000 M. jährlich behält außer dem Mindestbetrag von 2000 M. noch 400 M. (ein Fünftel des Mehrbetrages von 2000 M.), so daß also 1600 M. der Pfändung unterliegen. Ferner hat 5000 M. Einkommen und für Frau und vier Kinder zu sorgen; befreit sind hier zunächst 2500 M. und von dem

Mehrbetrag für die Frau und vier Kinder je 150 M. (ein Drittel des Mehrbetrags) also insgesamt 750 M. Es verbleibt also noch ein pfändbarer Betrag von 1750 M. Der Pfändbare ist aber oben feste Grenzen gezogen: sie betragen 4500 M. je nach dem der Schuldner unterhaltsberechtigter Angehörige in angemessener Höhe hat oder nicht. Bei einem kinderlosen Witwer ist also z. B. der über 3000 M. hinausgehende Betrag in jedem Falle pfändbar, während beim Schuldner, der Unterhaltspflichten zu erfüllen hat, der Zugriff des Gläubigers auf den vollen Ueberrest erst mit 4500 M. beginnt.

Nun können sich natürlich die Verhältnisse ändern, die für die Festsetzung des unpfändbaren Teiles maßgebend waren, z. B. der Schuldner verheiratet sich, ein Kind stirbt usw. Die Veränderung in der Pfändungsgrenze tritt hier von selbst ein; da aber für den Arbeitgeber lediglich der Pfändungsbeschluss maßgebend ist, so muß er beachtet werden. Das erfolgt durch die Behörde, die den Beschluss erlassen hat. Die Beachtung muß unverzüglich veranlaßt, und der beschlossene Betrag dem Arbeitgeber zugestimmt werden, da bis zur Aufstellung der Pfändung immer noch nach Maßgabe des alten Beschlusses an den Gläubiger zahlen darf.

Die besprochenen Vorschriften finden auch auf die Pfändung des Ruhegeldes der Personen Anwendung, die in einem privaten Arbeits- oder Dienstverhältnis gestanden haben. Die oben gegebenen Beispiele gelten also hier entsprechend.

Ferner sind — das sind wichtige Neuerungen der Verordnung — die Rentenansprüche, die infolge einer wirksamen Verletzung des Körpers oder der Gesundheit gemäß Paragraph 843 BGB zuerkannt sind, und der Entschädigungsanspruch, der einem Handlungsgeschäft nach den Paragraphen 74 und 74b des Handelsgesetzbuches für den Fall zufließt, daß er sich seinem Arbeitgeber gegenüber einem Wettbewerbsverbot unterworfen hat, nur noch im Rahmen der neuen Verordnung beschlagnahmefähig. Einbliss sind auch noch die Erbschaften unter dem Schutz der Verordnung gestellt worden. Nach den bisherigen Bestimmungen konnten wegen der Unterhaltungsansprüche des Ehegatten der Verwandten und, mit einer gewissen Einschränkung, der unehelichen Kinder Lohn- und Gehalt z. B. als Pfändungsgegenstand (Par. 850 Abs. 4 E.P.O.). Die neue Verordnung verbietet nun diese sog. Lohnpfändung wegen der Unterhaltungsansprüche, die während der Kriegsteilnahmezeit fällig geworden sind. Lohn und Gehalt sind also insoweit nur nach Maßgabe der neuen Verordnung pfändbar; dagegen unterliegen die Unterhaltsbeiträge, die aus der Zeit vor der Kriegsteilnahmezeit stammen, und die Beiträge, die nach dieser Kriegsteilnahmezeit fällig werden, in ihrer ganzen Höhe dem Zugriff der Gläubiger. Uebrigens hat die Verordnung vom 22. 6. 1919 rückwirkende Kraft, d. h. hier: Pfändungsbeschlüsse, die vor dem 1. 7. 1919 zugestellt sind, können, entsprechend den dargelegten Bestimmungen, im Wege der Berichtigung des Beschlusses eingeschränkt werden. Dr. S.

Gemeinheiten.

Jeder Deutsche, der noch einen Funken Ehrgefühl im Weibe hat, schaut mit Befurcht zu der Heldengestalt Hindenburgs empor, die in der schwersten Not und in den schwersten politischen Kämpfen treu zu seinem Vaterland stand und alles tat, um die Armees so gut es ging, nach Deutschland zurückzuführen. Da magt es nun ein elender Schreiberwicht im der „unabhängigen“ Freiheit folgende Schreierage vom Stapel zu lassen, die gleichermäße Blatt und Schreiber charakterisiert und zeigt, zu welcher Sorte beide gehören.

„Die Geschichte wird niemals einen Feldherrn nennen, der grausamer, bestialischer gehaßt hat als dieser Hindenburg. Sie wird ein vernichtendes Urteil über seine Grausamkeit und Unfähigkeit zugleich sprechen. Nur wo ihm der eldlichste, losste Massenmörder deutscher Proletarier, die ungläubliche Unwissenheit des deutschen Volkes, der fleischgewordene Raubergesandte der Soldaten dem Gegner gegenüber augenblickliche Vorteile sicherte, gelang es dem „ruhmvollen Feldherrn“ seine Unfähigkeit mit „einem Siege“ zu bewahren. Seine Taktik, seine vielgerühmte Strategie war nichts anderes als bluff- bewußte, gewissenlose Fressfütterung des deutschen Volkes! Ein Militärautokrat vom reinsten Wasser, despotisch im Befehle der Macht, perfidisch feig, wird dieser Mann n dem Urteile der Arbeiterklasse gewertet als ein gemeinlicher Massenmörder, übertrifft höchstens noch von Ludendorff. Erst kürzlich noch verkündete er der Welt, daß er lieber sterben, als schmachvoll unterliegen wolle, deshalb bitte er um Vergebung in den Ruhestand! Das charakterisiert den Helden. In den kommenden neuen Beschüßern für die deutsche Jugend wird man entweder diesen Mann ignorieren oder in seinem ganzen diabolischen Wesen schildern müssen. Die Ströme von Arbeiterblut, die dieser vorbildliche Tyrann auf dem Gewissen hat, ergießen sich in ein Meer von Elend und Jammer. Als ich am 9. November zum Soldatenrat gewählt wurde, war es meine erste Tat, die Bilder Hindenburgs und Ludendorffs aus der Kaserne entfernen zu lassen. Daran werde ich mich stets mit einem Gefühl unaussprechlicher Wonne erinnern.“

Das steht in der unabhängigen Freiheit, die dadurch dokumentiert, daß sie „unabhängig“ von dem elementarsten Ehr- und Dankbarkeitsgefühl ist. Und diesen Leuten, denen jedes Unrechtsgefühl abgeht, wollen die Menschheit beistimmen und in „Nichte-Regionen“ führen. Solche Gemeinheiten hängt man nur niedriger.

Politische Streiks.

Die allermeisten Streiks, die jetzt geschäftet werden, sind rein politischer Natur. Wirtschaftliche Gründe werden nur vorgegeben, um die Dummen ins Garn zu locken. Das bestätigt auch auf der Parteiverammlung der Berliner Arbeiter die Rednerin, Fel. Wiers, der kommunistischen Partei, die in bezug auf den Eisenbahnerstreik ausführt: „Wenn die Eisenbahner, die früher so kühn waren, in Massen hinter den revolutionären Arbeitern stehen, so ist das mit Freuden als ein Zeichen der Zeit zu begrüßen. — Nicht von Sieg zu Sieg, sondern von Niederlage zu Niederlage schreitet die Revolution zum Ziel. Es wird gesagt, die Streikbewegung der Eisenbahner und Straßenbahner seien rein wirtschaftlich. Wachen wir uns doch nicht vor. In dieser hochpolitischen Zeit gibt es nichts rein Wirtschaftliches.“ (Stürmischer Beifall.)

Und für diese politischen Streiks läßt sich immer noch ein Teil der deutschen Arbeiterschaft einsaugen und mißbrauchen. Aber es wird hoffentlich der Tag kommen, an dem auch diese Arbeiter die Augen aufgeben. Dann werden sie sehen, wohin diese Generalkriegsführer sie gebracht haben, nämlich zum eigenen Ruin und zum Zerfall des deutschen Wirtschaftslebens.

Von der Ausländischen Metallindustrie.

Los von der deutschen Industrie, das ist die Parole, mit der die Entente jetzt in der ganzen Welt haunieren geht. Deutschlands Industrie hat einen Teil seines Renommee als durchaus sichere, leistungsfähige Industrie infolge der vielen Streiks verloren. Das Ausland, das früher die Produkte von uns kaufte, sucht sie jetzt selbst herzustellen. Aus Holland wird berichtet, daß man dort mit der Errichtung von Hochöfen und Stahlwerken immer mehr Ernst macht.

Aus dem jüngsten Jahresbericht der Kon. Ned. Hoogovens in Stahlfabriken geht folgendes hervor: Zwei Komplexe kamen hauptsächlich für die Anlage der Betriebe in Betracht: der eine in der Gemeinde Belsen an Nordseeufer, nächst Zwinndun, der andere in der Nähe von Rotterdam. Da Amsterdam ein großes Interesse daran hat, die Werke in der Nähe zu haben, so hat die Stadt eine Beteiligung von

5 Millionen Gulden zum Aktienkapital. Und dieses Angebot wurde angenommen. Das Grundstück umfaßt 400 Hektar, wovon aber nur die Hälfte in Benutzung genommen werden soll, während man die andere dem Staate überträgt. Für die Ausfuhr von Rohstoffen in ein geräumiger Fabrikfabrik entworfen, der durch einen Hafenkanal mit dem Nordseeufer so in Verbindung gebracht wird, daß das Koks- eisen direkt an die Hochöfen gebracht werden kann. Auch ist eine Bahnverbindung mit der Strecke Haarlem—Alkmaar in Aussicht genommen. Vorher war schon der Plan gefaßt, eine Stahlfabrik und ein Walzwerk in kleinerem Maßstabe zu bauen.

Auch wurde mit der „Niederländischen Staatslotterie“ von d. M. de W. ein Vertrag in Brüssel vereinbart, ein derartiges Werk herzustellen. Ein belgisches Werk ist damit beauftragt, den zum Betriebe erforderlichen Kalkstein und Kalk zu liefern. Das Aktienkapital des Unternehmens beläuft sich auf 25 Millionen Gulden. Wie verläuft, soll übrigens auch die Firma Krupp in Essen größere Anteile in Holland tätigt haben, um dort einen Teil ihres Betriebes zu verlegen, soweit er sich auf die Erzeugung von Kriegsmaterial bezieht.

Wir müssen mit unseren Produkten auf den Weltmarkt hinaus, sonst kann die deutsche Arbeiterschaft ihr Bündel schnitten und auswandern. Nur Arbeit, intensive Arbeit, kann uns retten.

Belanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 27. Juli der 30. Wochenbeitrag für die Zeit vom 27. Juli bis 2. August fällig.

Die Ortsverwaltung Buxtehude und Call erhält die Genehmigung zur Erhebung eines weiteren Sozialzuschlages von 10 Pf.

Nichtbefolgung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Verbandsgebiet

Freundesweg. (Kreis Wieg.) Auch in unserem, ein wenig abseits von den eigentlichen Industriezentren des Siegerlandes gelegenen Städtchen hat der Organisationsgedanke seit einiger Zeit mächtig geschlagen. Dem Beispiel einer Anzahl wackerer Kollegen folgend, die in den letzten Jahren dem Organisationsgedanken die Wege geebnet, hat sich nunmehr, zu Erkenntnis ihrer völlig unhaltbaren Lage, die hiesige Metallarbeiter-Gewerkschaft fast reiflos unserem christlichen Metallarbeiterverbande angeschlossen. Fast ähnlich liegen die Verhältnisse bei den anderen christlichen Berufsverbänden. Waren doch auch hier infolge des Bestehens der gewerkschaftlichen Organisation die Lohnverhältnisse beinahe zurückgeblieben, daß es eben keinen anderen Ausweg mehr gab. Bedenkenswert ist denn auch in der kurzen Zeit seiner Tätigkeit durch unseren Verband geschieden, um die Lohnverhältnisse einigermaßen mit der allgemeinen Tendenz in Einklang zu bringen. Das wird auch von den Kollegen und Kolleginnen allseitig anerkannt und gewürdigt. Am 22. Juni trat dann die hiesige Metallarbeiter-Gewerkschaft gemeinsam mit den anderen christlichen Berufsverbänden zum ersten Male mit einer großen Versammlung an die Öffentlichkeit; um einzutreten und Zeugnis abzulegen für die alten bewährten Grundsätze unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung. Wohl mehr als 500 Personen hatten sich auf dem Schloßplatz versammelt und fanden die Darlegungen der Kollegen Schatz vom christlichen Metallarbeiterverband, Achenbach vom Zentralverband christlicher Bauarbeiter, und Georg vom Verband christlicher Lederarbeiter die einmütige Zustimmung aller Anwesenden. Sowohl der Weggang der christlichen Gewerkschaftsbewegung, ihre unter den schwersten Kämpfen und Überwindung großer Widerstände erfolgte Entwicklung bis zur heutigen stattlichen Größe von rund 1000 000 Mitgliedern, wie ihre Stellung zu den Zeitfragen und den großen Aufgaben der Zukunft wurden auch jeder Seite hin gewürdigt. Die christlich-sozialen Ideen haben sich auch in den gegenwärtigen unruhigen Zeitverhältnissen behauptet. Nur mit der Durchdringung unserer gesamten Kultur- und Wirtschaftslage mit diesen bewährten Grundsätzen des Christentums sei der Wiederaufbau unseres zerstückelten Vaterlandes möglich. Zu voller Ueberzeugung mit den Ausführungen der Referenten kam auch der geschlossene Wille der Versammlung zum Ausdruck, nach wie vor auch in der Zukunft entschieden und mit allem Nachdruck die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft nur in enger Zusammenarbeit mit den gewerkschaftlichen Berufsverbänden als der alleinigen Interessensvertretung der Arbeiterschaft zur Geltung zu bringen. Von Arbeitgebern und Behörden erwartet man aber auch volles Verständnis für die schwere Lage des Arbeiterstandes, was auf Grund einiger Vorwommisse der letzten Zeit auch hier am Orte leider noch nicht immer der Fall ist, wo sich doch eine Firma beharrlich weigerte, den bei ihr beschäftigten Tiefbauarbeitern den festgesetzten Tariflohn zu zahlen. Die großen Leistungen der christlichen Berufsverbände auch hier im Siegerländer Wirtschaftsgebiet wurde voll und ganz anerkannt und den Vertretern derselben das vollste Vertrauen ausgesprochen. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden zur weiteren Stärkung und Ausbreitung unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung und mit einem begeistert angenommenen Hoch auf dieselbe wurde die Veranstaltung geschlossen. Im Anschluß daran fand noch eine Aussprache über die auch hier ziemlich im Lagen liegende Lebensmittelversorgung statt. Auch hier zeigte sich der Wille, auf ordnungsmäßigen Wege mit den zuständigen Organen eine bestmögliche Lösung dieser überaus schwierigen Frage herbeizuführen. — Und nun Kollegen und Kolleginnen von Freundesweg, laßt den Worten die Taten folgen, zeigt euch als vollwertige christliche Gewerkschafter, sorgt dafür, daß auch euer schönes Städtchen nach wie vor eine Hochburg der christlichen Gewerkschaften bleibt.

Siegerland. Die hiesigen christlichen Gewerkschaftsverbände werden in den nächsten Wochen an 10 Orten des Wirtschaftsgebietes eine gemeinwirtschaftlichen Unterrichtskursus veranstalten, wozu wir unsere Mitglieder auch von hier aus verweisen. In je 10 Beiträgen werden einschlägige gewerkschaftliche und wichtige wirtschaftspolitische Fragen behandelt werden. Als Redner sind dazu gewonnen die Herren Kollegen: Mauer-Siegen, Effert-Wehndorf, Sauer-Wehlar, Braß und Julius-Wehndorf, Madenhaupt-Wehndorf, Achenbach-Siegen, Bonader-Eisenfeld, Haas-Siegen und Schmidt-Wissen. Die Kurse finden statt: In Siegen vom 29. Juli bis zum 30. September an jedem Dienstag-Nachmittag 6 Uhr bei Jung, Sandstr. 54. In Niercheden-Eisenfeld vom 30. Juli bis zum 1. Oktober an jedem Mittwoch-Nachmittag 6 Uhr bei Schmidt-Wissen in Niercheden-Wehndorf. In Weidenau-Wehndorf vom 31. Juli bis zum 2. Oktober an jedem Donnerstag-Nachmittag 6 Uhr bei Hende (Pringen) in Weidenau. In Kreuztal-Wehndorf vom 1. August bis zum 3. Oktober an jedem Freitag-Nachmittag 6 Uhr bei Becker in Kreuztal. In Wehndorf vom 2. August bis zum 4. Oktober an jedem Samstag-Nachmittag 6 Uhr bei Brack. In Neukirchen vom 3. August bis zum 5. Oktober an jedem Sonntag-Nachmittag 1 Uhr bei Eichelmann. In Herdorf vom 3. August bis zum 5. Oktober an jedem Sonntag-Nachmittag 5 Uhr bei Clemens Latich. In Kirchheim vom 4. August bis zum 6. Oktober an jedem Montag-Nachmittag 6 Uhr im Fägerheim. In Niercheden vom 5. August bis zum 7. Oktober an jedem Dienstag-Nachmittag 6 Uhr bei Schulte. In Wülen vom 6. August bis zum 8. Oktober an jedem Mittwoch-Nachmittag 6 Uhr bei

Schafeld. Unsere führenden und vorwärtsstrebenden Mitglieder bitten wir dringend, an dieser wichtigen Veranstaltung lebendigen Anteil zu nehmen. Auch die auswärtig wohnenden Mitglieder sollten sich nach Möglichkeit bestreben, an den Kursen teilzunehmen.

Sollingen. Am 19. Juni besaßte sich der Vorstand des Allgemeinen Ortsrates in Sollingen mit der Anstellung eines Krankenbesuchers, der nach einem früheren Beschluß des Vorstandes ein Kriegsbeschädigter sein sollte. Auf die Ausschreibung der Stelle in den Tageszeitungen meldeten sich nicht mehr wie 135 Bewerber. Ein aus vier Personen gebildeter Ausschuss stellte der Gesamtsitzung des Vorstandes 2 Bewerber zur engeren Wahl vor. Unter diesen befand sich ein Feldzugsteilnehmer und ein Kriegsbeschädigter, letzterer mit einem völlig unbrauchbaren Arm. Der Sprecher dieses engeren Ausschusses war der 2. Vorsitzende der Kasse, Herr Meyer, nach seinen Ausführungen selbst Mitglied der Bereinigung Kriegsbeschädigter. Von den beiden zur Wahl stehenden Personen konnte er nur das Beste berichten, verteilte sich aber nachher mehr und mehr auf den Feldzugsteilnehmer, weil er ihn schon so lange persönlich kenne. Der Vorstand in seiner Gesamtheit konnte das Verhalten Meyers nicht verstehen und suchte ihn von seinem Standpunkt abzubringen, weil doch der Ruf der Deffentlichkeit, Kriegsbeschädigte überall da einzustellen, wo es sich nur immer möglich mache, ein Allgemeiner sei. Der Redner der Christl. Gewerkschaften, Gewerkschaftssekretär Hennig, hatte schon mehrermale das sonderbare Verhalten des 2. Vorsitzenden gerügt, wie auch die Unternehmer wiederholt für den Kriegsbeschädigten eingetreten waren. Meyer in die Enge getrieben, machte nun ein Geständnis, das uns christlichen Gewerkschaftlern nicht sehr verwunderte, weil es uns in der Praxis schon mehr begegnet ist. Interessant ist es aber ganz gewiß, wie die Genossen bisher verfahren. Er sagte: „Meine Herren, ich will es Ihnen sagen, warum ich nicht für den Kriegsbeschädigten bin. Der andere ist mir schon lange als ein guter Genosse bekannt und wir können dumm, wenn wir unsere Leiber nicht in die Stellen hineindrücken, wo wir die Macht dazu haben. Die moderne Arbeiterbewegung (soll heißen sozialistische) ist immer zurückgesetzt gewesen, jetzt läßt sie sich das aber nicht mehr gefallen.“ Hier hatte Meyer, sonst ein recht schlaues zu Werke gehender Genosse, die Lage ganz aus dem Sack gelassen. Bei seinen Anhängern erregte diese „Dummheit“ Kopfschütteln und erregte Mienspiel. Die Abstimmung ergab, daß die Arbeitgeber mit dem Vertreter der Christl. Gewerkschaften und einem Genossen für den Kriegsbeschädigten waren und dadurch eine Mehrheit vorhanden war. Meyer machte nun noch einmal eine Dummheit, indem er erklärte, da nun eine Mehrheit für den Kriegsbeschädigten ist, wollen auch wir für ihn stimmen, obwohl die Abstimmung ja vorüber und an dem Resultat nichts mehr zu ändern war. Aus obigen ersehen wir, wie selbst die Kriegsbeschädigten, wenn sie nicht als fähigste Genossen bekannt sind, von Stellen ausgeschlossen werden, die ihnen von Rechtswegen zustehen. Gerade die sozialistische Presse macht allerorts großen Lärm, wenn sie erzählt, daß da und dort bei Beschädigten oder bei Unternehmern ein Kriegsbeschädigter nicht eingestellt wird. Aber Theorie und Praxis...

Sollingen. Die Feststellungen in unserem Verbandsorgan Nr. 24, vom 14. Juni, betreffs Ueberfälle auf die Koalitionsfreiheit, Anhebung des Gewinns, Drohungen mit Profitorbungen seitens der Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes gegen christlich und kirchlich-organisierter finden Bestätigung in Nr. 25 vom 21. Juni der Metallarbeiterzeitung.

Nicht mit einem Worte werden die Feststellungen widersprochen, dennach also zugegeben. An der Wahrheit ist ja auch nicht zu rütteln. Sehr bezeichnend ist aber für den Artikelverfasser R. W., daß er nicht ein Wort der Beurteilung dieser Gesandten findet. Und das ist umso mehr am Platze gewesen, da R. W. zu einer Zeit nach Stuttgart stiel, um dort einer Aussprache der ersten Bevollmächtigten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes beizuwohnen, die der Vorstand dieses Verbandes laut „Metallarbeiterzeitung“ Nr. 23 für erforderlich hält, mit Rücksicht auf die derzeitigen Vorgänge im Verband (Wahlregelung von Verbandsbeamten in verschiedenen Sozialunabhängigen wegen ihrer politischen Einstellung). Es muß also Ordnung im eigenen Hause geschaffen werden. Es muß sich herbeigeeilt werden, der der im Herbst stattfindenden Generalversammlung dieses Verbandes zur Verfügung steht, damit er nicht auseinander zerfällt. Die Gefahr ist sehr groß. Aber wenn schon Profitorbungen im eigenen Lager Platz greift, Unzulänglichkeiten vorliegen, so ist auch dies ein Beweis mit, daß dann Jenen die Duldung gegen sozialdemokratische Arbeiter eine Unmöglichkeit ist. Hier ergiebt sich zu mirten was eine vordere Aufgabe für R. W. Statt dessen soll man das vorkriegszeitige Schimpfwortlegion der Sozialdemokratie heranziehen und weiter gehend zu wirken. Wir folgen nicht, greifen nicht heraus, daß wir im Januar und Februar bei der Lohnbewegung geschwiegen und die Arbeit dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband überlassen hatten. Ja, hat sich denn der Artikelverfasser in dieser Zeit auf dem Mond bewegt? R. W. heißt doch in diesem Falle nicht „Rann mehr“. Denn das wissen selbst die Mitglieder im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband, wer die tatsächliche Führung bei der damaligen Lohnbewegung gehabt hat. R. W. hat in ein Wespenneß gefahren, bei dem ihn Uebel werden kann, wenn wir folgende Tatsachen feststellen:

Fangen wir an bei der Offenkundigen Bergwerks A.-G. Da war es gerade R. W., der dem Vorschlage der dortigen Direktion aus Verschleppung der Erledigung der Lohnfrage folgen wollte. Das Vorkommnis dieses Retreters des christlichen Metallarbeiterverbandes bezweckte dieses Spiel und es war damit die so notwendige Lohnbewegung ins Rollen gekommen für die Metallarbeiter-Gewerkschaft, aber auch Tausende Marken gewonnen, die ihr bei einer Verschleppung verloren gegangen wären. Daß R. W. bei der Lohnbewegung damals gar das Besondere Wohlgefallen eines Arbeitgebers fand, haben ihm selbst die eigenen Worte klar bewiesen. Und wie hochredend ein rotes Kommissionsmitglied bei Mannesmann die erstbitten Forderungen der Vertreter, als diesen gegenüber sich die Unterbetrieten zur Wehr setzten? „Die jungen Leute wollen immer mehr verdienen, als die alten, um Geld zum Raufen spielen zu haben.“ Mit solchen Dummheiten begründet man im christlichen Metallarbeiterverband keine Lohnforderungen. Das überläßt man den „starken“ Männern der Gegenseite.

Mit einem Zeugnis aus sozialdemokratischen Munde schließen wir: „Dem christlichen Metallarbeiterverband und seinem Führer muß ich das Zeugnis ausstellen, daß er bei dieser Bewegung (Januar-Februar) auch vor der Direktion die Interessen der Arbeiter sehr wohl vertreten hat.“

In Ermangelung anderer Dinge werden dann im befragten Artikel dem christlichen Metallarbeiterverband und seinem verdienten Vorsitzenden Meyer alle Uebel der vergangenen Kriegszeit an die Hochfronte geschickt. An folgendes sei R. W. erinnert: Schon 1914 bald nach dem Falle Antwerpen fürbete der „Courier“, das Organ des sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverbandes, in mehreren Artikeln, Antwerpen müsse Deutschland einverleibt werden. Die sozialdemokratische „Wirtschaftliche Zeitung“ in Köln forderte zu Anfang des Krieges: „Anfänglich muß niedergegangen werden, es muß mit Kupfand blutige Wunden vollzogen, das Antlitz Europas muß gründlich verändert werden.“ Dasselbe Blatt schrieb am 28. August 1914: „Die unbesiegbare Armee.“ Die Armee der russischen Barbaren hat uns das Schicksal der Völker gebracht, was auch diesen Barbaren selber soll es ebenso beimgelacht wer-

den, wie ihren verbliebenen westlichen Bundesgenossen." Die sozialdemokratische „Chemischer Volksstimme“ am 20. Mai 1918: „Verhandlungen können nur stattfinden, wenn Frankreich anerkennt, daß die sozialistische Frage nicht erledigt werden darf.“ Wie hat die sozialistische Frage, einschließlich „Metallarbeiterfrage“, zur Lösung der Kriegsanliegen beigetragen, wodurch der Krieg nach ihrer Meinung allein beendet werden konnte. Robert Schmidt, jetziger Minister, damaliger Sekretär der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften, spielte gar mit einem besonderen Letztartikel hierzu. Wie blühte sich nun S. M. im Kreise der nationalen Kriegsverlängerer und -Annektionisten sozialdemokratischer Richtung? Und diese sind noch Waisenkinder gegenüber der Annektionisten der internationalen Entente-sozialisten, die doch auch Genossen von S. M. sind. Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

380 Vertreter (?) hat der sozialdemokratische Verband vom Christlichen zu bezeichnen, so verfährt S. M. trümpelnd in den Wochen. Volkstakt: Das beweist uns nicht, zumal wir mit gleicher Zahl qualifizierten Mannen, nur nicht so abgerundet. Unter Berücksichtigung der brutalen Mittel, mit denen der sozialdemokratische Metallarbeiterverband diese Vertreter zum Teil erzwingt, erscheint demnach die Zahl noch nicht einmal so hoch. Im übrigen zeigen diese beiderseitigen Vertreter, die seit der Revolution in übergrößer Zahl hinzugekommen, die Unfähigkeit der Arbeiterklasse auf wirtschaftlichem Gebiete. Da muß noch vieles geleistet werden. Deshalb möge auch der Herr S. M. seine Mühsalstunden und Lüste dazu benutzen.

Zum Schluß noch ein Wort allen aufgeregten Gemütern in anderen Gewerkschaftslagern über unsere Artikel. Wir schreiben sie nicht, um besonders hervorzuheben, daß die deutsche Metallarbeiterfrage verschobene Wege geht. Das weiß nicht nur jedes gewerkschaftliche Kind, sondern erst recht das Arbeitervolk. Die Verhältnisse bedingen nun einmal ein getrenntes Vorgehen und getrennte Schläge. Aber in keinem Falle sind wir verpflichtet und gewillt, im Herzensjoch der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu pilgern. Wenn man dafür auf der Gegenseite kein Verständnis haben will, gut, dann muß man die Folgenungen gegenseitiger Ansehenberesungen hinnehmen, obgleich damit dem Arbeiterstande am wenigsten gebient ist. Aber das Parteipropaganda hat in der Geschichte der Sozialdemokratie (Partei und Gewerkschaft) immer über den Arbeiterinteressen gestanden. Bei der gesunden Interessenvertretung, die die christliche Gewerkschaftsbewegung auch in der Praxis ausübt, lassen wir uns weder von rechts noch von links hindernisse bereiten. Mit allen „Klauen“ verteidigen wir unser Recht auf Arbeit, Brot und Freiheit im christlichen Metallarbeiterverband. Der Erfolg findet seine Anerkennung in den Tugenden von allmonatlichen Maßnahmen, die wir erneut bußen.

Branchenbewegung.

Setzer und Maschinisten.

Witten. Einen tragikomischen Verlauf für die Einberufer nahm die am 24. Juni vom Maschinisten- und Setzerverband einberufene Betriebsversammlung der Kesselbetriebe des Witterer Kupferwerkes. In dieser Versammlung wollte sich genanntes Verbändchen von dem Vordrücke unaufrichtiger Agitation reinwaschen, was ihm aber daneben gelungen ist. Der Inhalt des Artikels in Nr. 27 unseres Verbandsorgans mußte bestätigt werden. Es wurde auch zugestanden, daß für die Maschinisten und Setzer bei der letzten Lohnbewegung mehr herausgekommen wäre, wenn diese von Anfang mit den anderen Organisationen gemeinsam geführt worden, und der Setzer- und Maschinisten-Verband nicht allein vorgegangen wäre. Ja, wie ist mir denn? Kann denn dieser Verband die Hilfe der anderen Organisationen erst dann gebrauchen, wenn er sich in die Patzche geritten hat? Diese Zustimmung wurde denn auch von verschiedenen Kollegen gebührend gekennzeichnet. Daß die Kollegen, welche einzelne Fälle schädlicher Agitationen weisse anführten, durch Ausdrücke, wie Sagner usw., persönlich berunglückt wurden, zeugt von außergewöhnlich hohem gewerkschaftlichen Bildungsgrad der Spejtes vom M. und S.-Verband. Große Belustigung rief folgende Episode hervor: Ein Genosse des Maschinisten- und Setzer-Verbandes, der auf der Kesselhütte Wehage arbeitet, verdiente 2,10 Mark die Stunde. Er ging zu seinem Arbeitgeber und bat um einen Lohn von 1,90 M. Warum? Er wolle sich ab und zu einen genehmigen, was seine bessere Hälfte nicht wissen dürfe. Statt der ausfallenden 20 Pfg. pro Stunde wünschte er eine monatliche Extrazahlung von 15 M. Der Arbeitgeber machte also noch ein Geschäft von 25 M. Der M. und S.-Verband stellt es nun als Heldentat hin, daß der immer durstige Kollege wieder seinen alten Lohn erhalte. Charakteristisch ist auch die Tatsache, daß ein Arbeitermitglied des M. und S.-Verbandes sagen konnte, die Setzer plage die Langelweile, da sie zu wenig Arbeit hätten. Wo früher nur fünf Mann standen, seien jetzt zehn beschäftigt. Sapperlot noch mal, das ist harter Tobak! Wer es nun noch nicht empfindet, daß er mitten im Zukunftskaute lebt, dem ist nicht zu helfen. Das ist derselbe Vordrücke, der nach dem großen Streik sagte, jetzt wäre in Lohnforderungen nichts zu machen, aber sobald der Betrieb wieder rundergehe, sollten die Kollegen fordern und eventuell die Wunden hindern. Es ist die höchste Zeit, daß die vernünftigen Mitglieder des kleinen Streiberbündchens endlich einsehen, in welchen Hegenjessel sie geraten sind. Kollegen! Rafft euch auf und werdet Mitglied im Christlichen Metallarbeiterverband!

Jugendbewegung.

Lehrlingsentlohnung.

Gewerkschaften. Wenn auch entgegen dem erwachsenen und verheirateten Arbeiter bei den Lehrlingen die Lohnfrage nicht im Vordergrund stehen kann, sondern die fachliche Ausbildung, gepaart mit Erziehung zu sittlicher Charakterstärke, so sind doch auch für den Lehrling die Zeiten vorüber, in der noch Lehrling bezahlt werden mußte, aber daß neben der Kost und Wohnung im Hause des Lehrherrn ein kleines Sonntagsgeld gewährt wurde. Die Entwicklung unserer Zeit, der Industrie und der Teuerungszustände haben die Notwendigkeit ergeben, den Lehrlingen einen Gehalt für ihre Leistungen in Zahlung von Lohn zu bieten. Wir verziehen aber dieses Entgelt zur Auszahlung Lohn, dafür eine nachgehende Aufstellung.

Nach dem neu abgeschlossenen Tarif der Eisenindustrie Metallindustrie verdienen Lehrlinge im ersten Lehrjahre 35 Pfg. je Stunde. Im zweiten Lehrjahre 50 Pfg., im dritten Lehrjahre 70 Pfg. und im vierten Lehrjahre 80 Pfg. Diese Höhe kommen für die Lehrlinge aller Berufe in Betracht.

Stell man dengegenüber die Löhne, wie sie in den verschiedensten handwerklichen Betrieben der Metallindustrie Eisenindustrie noch gezahlt werden, so ergibt sich folgendes:

Lehrjahre verdienen von im ersten Lehrjahre 7 bis 18 Pfg. je Stunde, im zweiten Jahre 16 bis 20 Pfg. je Stunde.

In Bauhandwerkbetrieben verdienen Lehrlinge bei den verschiedensten Berufen im ersten Lehrjahre verschiedene, andere 5 bis 7 Pfg. je Stunde. Im zweiten Lehrjahre zahlen Lehrherren je Stunde 0, 9, 10, 11, 12, 15, 20 Pfg. Im dritten Lehrjahre werden noch gezahlt 0, 15, 22, 28, 30 Pfg. Bei fünf- und Wagnerschmieden verdienen Lehrlinge im zweiten Lehrjahre 10 Pfg. und 20 Pfg.

Es wird, was angenommen sei, auch Firmen geben, die mit solchen Lehrlingsgehältern nicht mehr entlohnen, sondern die auch noch darüber hinaus gehen und durch besondere Aufwendungen oder Anforderdienste eine Steigerung des vorstehenden Entgelts herbeiführen. Im allgemeinen aber ist die Sachlage sehr unzulänglich, abgesehen davon, daß auch hinsichtlich der Lehrlingszahl in manchen Betrieben von einem Lehrjahrsuntergrenze gesprochen werden kann.

Diese Eltern können verächtliche Klagen. In der Liebe zu ihren Kindern und deren Zukunft gaben sie die Söhne in die Lehre, um nachher, wenn der Lehrvertrag unterzeichnet ist, wenn die Anforderungen der Kinder hinsichtlich Ernährung und Kleidung immer größer werden und durch die steigende Teuerung noch weiter in die Höhe schnellen, zu erkennen, welche Würde die Lehrlinge sind. Diese Elternhände zu erschüttern, dazu fehlt manchen Handwerkermeister Verständnis und Wille zum Schaden aller Beteiligten.

Verständnis und Wille zur Besserung fehlt aber auch den in den handwerklichen Betrieben beschäftigten Gehilfen. Auch sie sehen mit blühenden Augen dem Gang der Entwicklung zu. Standesbewußtsein und ein Ringen nach Besserung geht ihnen zum Teil ab. Während allerdings der Tarifgebende marschiert, läßt sich hier im Kleingewerbe nichts, um das, was in den Nachbarstädten im Lauffusse geschafften worden ist, in weiten Kreisen nachzuahmen. Würde man auf Gehilfenleistungsbildung alle Gleichgültigkeit fahren lassen, für sie und auch den Lehrlingen könnten bessere Verhältnisse geschaffen werden. Das Gebot der Stunde verpflichtet hierzu. Die Geschäftsstelle Selsenkirchen (Schaller Straße 45) ist gern bereit, hieran mitzuwirken, um ertägliche, annehmbare und beide Teile des Handwerks befriedigende Zustände zu schaffen. Diese aber liegen nicht zuletzt im Tarifabschluß.

Von den süddeutschen jugendlichen Kollegen.

Wetzlar. Die Jugendabteilung des Christl. Metallarbeiterverbandes Weingarten hielt am Freitag, den 6. Juli, im Gasthaus „Zum Kreuz“ ihre zahlreich besuchte Mitgliederversammlung ab. Jugendleiter Spindler eröffnete die Versammlung und begrüßte die so zahlreich erschienenen jungen Kollegen. Alsdann gab er dem zweiten Schriftführer das Wort zum Vorlesen des Protokolls, welches zur Zufriedenheit niedergeschrieben war. Als Punkt zwei referierte Jugendleiter Spindler in kurzen Zügen die großen Opferleistungen, die das deutsche Volk und besonders die Arbeiterkassen durchmachen mußten, während des vierzehnjährigen entsetzlichen Ringens und Werdens. Gerade in dieser schwersten Zeit mußte die arbeitende Jugend ebenfalls große Opfer bringen, und besonders in der Industrie. Er schilderte alsdann auch die so harten Friedensbedingungen, die uns die Entente-Mächte auferlegt haben. Besonders betonte Jugendleiter Spindler, daß uns nur eines retten kann aus dem wirtschaftlichen Chaos, in dem sich heute das deutsche Volk befindet, und das wäre nur die Arbeit und nicht die Streiks, wie sie zur Zeit bei den Eisenbahnern toben.

Beim dritten Punkt sprach Jugendleiter Spindler über das Rhetorikabkommen für die Metallindustrie in Württemberg, wober er besonders die Neuregelung der Lehrlingswesen in den Vordergrund stellte.

Aus Schluß forderte Jugendleiter Spindler, die jungen Kollegen auf, sich als tüchtiges Mitglied in unserer Jugendabteilung (Weingarten) zu betätigen, um so der ganzen großen christlich-sozialen Arbeiterbewegung eine Stütze zu sein. In der Versammlung war auch ein unorganisiertes Kollege erschienen, welcher sich gleich nach dem Vortrag unserer Jugendabteilung anschloß. An der daran anschließenden Diskussion nahmen mehrere junge Kollegen das Wort. Die Fragen, die sie stellten, beantwortete der Jugendleiter. Als sich niemand mehr zum Wort meldete, schloß Jugendleiter Spindler die Versammlung und dankte nochmals den Kollegen für ihr Erscheinen. Nun ging es zum gemütlichen Teil über.

Auch an der Wasserfront vorwärts.

Hamburg. Gut Ding will Weile haben. Das trifft zweifellos auch auf die Hamburger Ortsgruppe zu. Nach jahrelangen Bemühungen einzelner Kollegen ist es gelungen, im „Revolutionszeitalter“ eine Jugendgruppe unseres Verbandes zu gründen. Die „Warmebeder“ sind es, die dieses Erfolg für sich buchen können. — Am 22. Juni fand eine gutbesuchte Jugendversammlung statt, in der Kollege Dogler referierte. Wer von den „Miten“ diese Versammlung besuchte, mußte helle Freude haben von der geistigen Frische, die alle jugendlichen Teilnehmer befehlte. Da ist es einmal der Versammlungsleiter, der sich als solcher sehr geschickt erwies und für später zu den schärfsten Hoffnungen berechtigt. Desgleichen kam in dem vorlesenen Protokoll zum Ausdruck, daß man nicht erst „50 Jahre“ sein muß, um ein klares Auffassungsvermögen zu besitzen. Ferner bewies die dem Vortrage folgende Aussprache, daß keiner der Jungmannschaft „geschlafen“ hat, wie man das sogar bei den „Älteren“ zuweilen beobachten kann. Wohl ein Duzend Fragen — oft recht kniffiger Art — mußte der Referent beantworten. Wird unsere Jugendfrage in Hamburg als auch anderwärts in dem Geiste weitergeführt, wie dieser sich Warmbeder gegenwärtig zeigt, so dürfen wir an der Wasserfront den sogenannten „toten Punkt“ als abgewunden betrachten. Lange genug hat es freilich auch in Hamburg gedauert, bis mal wieder etwas mehr Leben in die „Bude“ kam. So erfreulich und notwendig nun auch die Anfangserfolge in der Jugendagitation sind, so darf die Schwinnung der Erwünschten doch nicht vergessen werden. Ja, wenn der Terror nicht wäre! Kollegen! Am Terror — der zweifellos an manchen Stellen verblüht wird — liegt es nicht allein, wenn es nicht vorwärts gehen will. Fragt einmal die alten Kämpfer, ob es vor 20 Jahren in Hamburg und anderwärts in den roten Domänen nicht auch Terror im abstrakten Sinne gab? Trotz alledem setzte sich der christliche Gewerkschaftsgedanke durch. Warum das? Weil die damaligen Kämpfer keine Menschenfurcht kannten. Vom idealen Schwünge befeelt, vertraten sie rüchichtslos die einmal für gut erkannten christlichen Gewerkschaftsgrundsätze, ganz gleich, ob da Eisensäge flogen oder sonstige störrische und jähliche „geistige“ Waffen als Hilfsmittel gegen die bösen „Christenheute“ von den roten Gewerkschaftlern und jetzigen „ammerlappen“ angewendet wurden. Dieser ehemalige Feuergeist muß erneut unsere Kollegen befeelen, wenn es an der Wasserfront und besonders in Hamburg besser in der Aufwärtsentwicklung unseres Verbandes werden soll. Diese Begeisterung kommt aber nicht von selbst. Die muß man sich holen in den Versammlungen und Vertrauensmännertreffen. Der Besinn dieser Veranstaltungen ist aber gerade in Hamburg bis in die letzte Zeit hinein hundertmal weniger gewesen. Kein Wunder, wenn dann der Einzelne auf der Werkstelle gegen das tödliche Gefährdungs der „kommunistischen Weltverbesserer“ nichts Stützliches einzuwenden weiß. Wissen ist Macht! Was das bisher nicht ein besterter sozialdemokratischer Grundsatz? Anstimm! Heute braucht man auf jeder Seite nichts mehr „wissen“, es genügt, an Stelle geistiger Waffen die brutale Macht und Gewalt gegenüber Andersdenkenden zu gebrauchen. Ist ja eigentlich nie anders gewesen im roten Lager. Umso mehr tut allen unseren Mitgliedern geistige Aufklärung not, um einmal den roten „Maulhelden“ den Mund zu stopfen und zum andern, unseren christlichen Metallarbeiterverband an der Wasserfront vorwärts zu treiben. Kollegen! Das Beispiel der Warmbeder Jugend-

gruppe zeigt, worauf es ankommt. Hat es während des Krieges geheißen: „Aushalten — Durchhalten!“ so gewinnen diese zwei Worte für uns heute viel mehr an Bedeutung. Jetzt heißt es festhalten in diesem Weltgetümmel an den Grundstößen des Christentums. Darum aus — und durchgehalten im Kampfe gegen die russisch-bolschewistische Weltordnung! Ueber kurz oder lang wird die deutsche Arbeiterbewegung sich mächtiger englischer oder amerikanischer Kapitalisten gegenübergestellt sehen im Kampfe um ihre wirtschaftliche Gleichberechtigung. Ob da dann die russisch-kommunistischen Zaubersprüche nicht rote Spreu vom Winde hinweggefegt werden? Also aufgepaßt! Was uns Arbeiter jetzt und für die Zukunft nottut, das sind in sich geschlossene, finanzkräftige, gewerkschaftliche Organisationsaktionen. Da gibt es für jeden Kämpfer und nachstern denkenden Arbeiter gar keine andere Wahl mehr, als die Grundstücke der christlichen Gewerkschaften anzuerkennen, für sie einzutreten, und dafür zu kämpfen bis zum letzten Atemzuge. Der Mensch kehrt in dem Augenblick wieder zum lebenspendenden Quell des 2000 Jahre alten und doch ewig jung lebenden Christentums zurück, wo er die Schale geistiger Leere — die im nackten Materialismus liegt — bis zur Reize gekostet hat. Wir aber, die wir bereits im christlichen Arbeiterlager stehen, wollen alles tun, um unsere irreführenden Mitglieder und Mitstreiter zurückzuführen zu der Lösung; Alles von Gott, alles für Gott, darum auch alles wieder zurück zu Gott! Mit dieser Lösung müssen wir den Aufbau staatlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ordnung in Angriff nehmen.

Berichtungs-Kalender.

Sonntag, den 26. Juli 1919.

- Wetzlar-Weingarten. 7.30 Uhr B. Pöndorf.
- Witten-Stadt. 7.30 Uhr Vertrauensmänner bei Wiede.
- Essen-Beitwig. Abends 7.30 Uhr Sektionsversammlung bei Buchmüller.
- Essen-Strag. Abends 7 Uhr Sektionsversammlung b. Helhoff.
- Widninghausen. 6 Uhr bei Richter.
- Dortmund-Selm. Nachm. 2.30 Uhr im Sozial ABber.
- Hagen i. W. 6 Uhr Quartals-Generalversammlung im Kaiseraal, Elberfelder Straße.
- Weidenbach. 8.30 Uhr bei Chr. Henkel.
- Düsseldorf. 4.30 Uhr Kranlengelbausehulklasse, 5.30 Uhr Mitgliederberversammlung bei Brunne, Sterkrader Straße.

Sonntag, den 27. Juli 1919.

- Witten-Ortsverwaltung. Sämtliche Ortsgruppen treten um 3 Uhr bei Wiede-Witten zum Festzuge und Teilnahme am Christl. Gewerkschaftsfeste an.
- Duisburg. 5 Uhr bei Kippers.
- Weldersich. 4 Uhr bei Kleine Matland, Unter den Ulmen, Jugendversammlung.
- Widninghausen. 11 Uhr bei NiMas, Wilhelmstraße 39, Jugendversammlung.
- Essen-Ortsverwaltung. 5 Uhr bei Busch, Mitglieder u. Frauen.
- Selsenkirchen. 10.30 Uhr im Gefellenhaus, Theresienstr. 7, Quartalsgeneralversammlung. Mitgliedsausweis mitbringen.
- Hagen i. W. Morgens 8 Uhr Antreten der Jugendgruppe Markt-Wehringh auf der Springe, Ausfl. z. Gellersee (Sferlohn). Mundvorrat mitbringen. Die Mitglieder der anderen Jugendgruppen sind freundl. eingeladen.
- Mülheim-Saarn. 11 Uhr bei Rosendahl.
- Mülheim-Nuhr. 11 Uhr bei Zappe, Abßstraße.
- Wallau. 3 Uhr bei Heinrich Kinkel.
- Wetterlaar. 7 Uhr bei Schreiber.
- Essen-Granhäusen. (Jugendabteilung. 6 Uhr wichtige Ber-sammlung bei Hammacher, Düsseldorf Str.
- Essen-Beitwig. 11 Uhr Sektionsberf. bei Borgemeister.
- Essen-Weberuhr. 11 Uhr Sektionsberf. bei Pleterks.
- Dortmund-Lünen. 10 Uhr bei Körber.
- Dortmund-Wehmar. 3 Uhr bei Böllmann.
- Dortmund-Sörre. 11 Uhr bei Webe.
- Dortmund-Derne. 11 Uhr bei Binkhoff.
- Dortmund-Widninghausen. 5 Uhr bei Hofe.
- Großenbaum. Bei Blankenheim, 11 Uhr, Mitgliederber-ammlung.

Montag, den 28. Juli 1919.

- Essen-Ortsverwaltung. 6 Uhr wichtige Ber-sammlung, bei Post-gleiser für alle Essener Kollegen, die in Wehmar arbeiten.
- Karlruhe-Mühlberg. 8 Uhr in der Wehmarhalle.
- Dienstag, den 29. Juli 1919.
- St. Buschhausen. 6 Uhr bei Kufmann, Nordoberhausenerstr.
- Dortmund. (Sektion der Maschinisten, Setzer, Eisenbahner.) 5.30 Uhr im goldenen Löwen, 1. Kampstr.

Donnerstag, 31. Juli 1919.

- Duisburg-Saar. 5.30 Uhr bei Müller, Kaiserstraße, Mitgliederber-ammlung.

Sonntag, den 2. August 1919.

- Wetzlar. 7 Uhr Konfordia, Mitgliederber-sammlung.
- Widninghausen. 8 Uhr bei Wüthen in Sonnborn, Hauptstr.
- Sferlohn. 1. Bezirk. bei Cordekur, Fachschulplaz.
- Sferlohn. 4. Bezirk. bei Leisgen, Alexanderstraße 7,30 Uhr.
- Essen. (Fachsektion der Fuß- und Wagenschmiede.) 7,30 Uhr bei Köhler, Brandstr.
- Essen. (Fachsektion der Elektromonteur.) 7 Uhr im Gefellenhaus, Steelerstraße 36.
- Dortmund. (Elektromonteur, Hauschlosser, Schmiede, Klempner und Installateure.) 8 Uhr im goldenen Löwen, 1. Kampstraße.
- Dortmund-Dorffeld. (Jugendabteilung.) 7 Uhr bei Samu.
- Wede-Kabel. Gemeinliche Jugendber-sammlung 7,30 Uhr in Kabel bei Wehmar; Erörterung der Lehrlingsfrage.
- Hagen-Wittstadt. 8 Uhr Mitgliederber-sammlung.

Sonntag, den 3. August 1919.

- Karlruhe-Darlganden. 4 Uhr Unterhaltung im Gasthaus zum Hüh.
- Widninghausen. 11 Uhr morgens im edgl. Vereinshaus.
- Selsenkirchen-Bismarck-Str. Bei Wollmingshoff.

Der moderne Metallarbeiter

Ratgeber f. Dreher, Schloffer u. Maschinenbauer. 5. Aufl. 400 S. ab. m. 150 Abb. u. 21 Tabellen. Von Otto Schwann. Dieses Werk zeigt jeden Metallarbeiter in den Stand, schnell und sicher die vorfindenden Berechnungen d. Räder an Drehbänken z. Gewaldb-schneiden vornehmen zu können. Es enthält Festigkeitstheorie, Stahl und seine Verwendung, Berechnung der Tourenzahl, um tonlich zu drehen. Umrechnung v. Zoll in Millimeter, Frühen v. Zahnradern, Kurven u. Spiralen. Bestimm. d. Pferdekräfte u. vieles and. Wissens-wert. Geg. Einl. v. 6.25 M. (Nachm. 6.90 M.) Edm. Herrmann. Ubl. 34, Berlin, Friedrichstr. 51. (Postfach 298). — Im selb. Verlag: archen: Kalkulation im Maschinenbau u. mod. Arbeitmethoden. 288 S., 153 Abb. Gegen Einl. v. 6.25 M. (Nachnahme 6.90 M.)